

GdP Bremen zur Besoldungsreform:

Nachbesserungen bei Puffer und Zulagen notwendig

Bremen, 28.08.2026 Nach dem Beteiligungsgespräch mit Finanzsenator Björn Fecker ziehen wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen ein enttäuschendes Fazit zum Entwurf für die Neuregelung der Beamtenbesoldung und -versorgung. Aus unserer Sicht greift das Vorhaben an entscheidenden Stellen zu kurz.

Besonders kritisch sehen wir den extrem knappen Puffer für das Jahr 2027, der rechnerisch bei gerade einmal 14,85 Euro im Monat liegt. Schon bei geringen Schwankungen von Steuern oder Sozialbeiträgen droht damit die Unterschreitung des gesetzlichen Minimums. Wir fordern eine deutlich größere Sicherheitsmarge sowie eine automatische, rückwirkende Anpassung für den Fall, dass sich die tatsächlichen Daten nachträglich verschlechtern.

Auch die Entkopplung der Besoldung von der allgemeinen Einkommensentwicklung stößt bei uns auf scharfe Kritik. Für 2027 weist der Entwurf drastische Abweichungen auf (beispielsweise A 12: 12,85 Prozent), ohne dass ein verbindlicher Stufenplan zur Schließung dieser Lücke vorliegt. Hinzu kommen Kürzungen bei dem Familien-ergänzungszuschlag sowie die Tatsache, dass Schicht- und Wechselschichtzulagen aus den jüngsten Tarifverhandlungen bisher nicht übernommen wurden. Im Gespräch abgelehnt hat der Senat zudem unsere Forderung, die in Bremen seit 1999 unveränderte Polizeizulage von 127,38 Euro sofort auf das Bundesniveau von 228 Euro anzuheben, zu dynamisieren und die Ruhegehaltsfähigkeit wieder einzuführen.

Einziger Lichtblick sind für uns die Zusage einer baldigen Auszahlung ausstehender, rückwirkender Leistungen sowie das Versprechen des Senats, sowohl die Einführung eines Besoldungsmonitors als auch die Übernahme der Erhöhungen von Schicht- und Wechselschichtzulagen aus dem Tarifiergebnis zu prüfen.

Dennoch überwiegt unsere Enttäuschung über die Mängel des Gesetzentwurfs. Wer tagtäglich den Kopf für die innere Sicherheit hinhält, erwartet zu Recht eine verlässliche und konkurrenzfähige Bezahlung. Dass notwendige Anpassungen bei den Zulagen lediglich geprüft werden, greift angesichts der aktuellen Personalsituation leider zu kurz.

Wir fordern den Senat nachdrücklich auf, im parlamentarischen Verfahren nachzubessern, um den Polizeidienst in Bremen langfristig attraktiv und verfassungssicher aufzustellen.



**Gewerkschaft
der Polizei**
Landesbezirk Bremen